

Dresdner Volkszeitung

Verlagsschreibers: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Postamt: 5431, Staatspost, Dresden.
Post für Arbeiter, Kunstlerinnen
und Beamten, 1. u. 2. Dresden.
Gebrauch: 5431, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abtritt von Sitzungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einfluß dieser Gesetze, bei der Besichtigung der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Verteilung der Zeitung.

Bezugspreise einschließlich Postgebühren mit der Postischen Post
für den Abnehmer: halbjährlich 1,50 M., vierteljährlich 0,80 M.
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitznerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2531, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsleitung: Weitznerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2531 und 12707.
Schriftstube von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abzugspreise: Druckerei, die 30 mm breite Nonpareille
für 50 Bl., die 30 mm breite Nonpareille 200 Bl., für auswärts
Anzeigen 60 Bl. und 250 Bl. Familienanzeigen, Stellen- und Ver-
dienste 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Bl.

Nr. 279

Dresden, Freitag den 30. November 1928

39. Jahrg.

Volkshbildungsminister Sidmann?

Wieder einmal eine Helld-Dunkel-Krise

Wie wir bereits gestern in einem Teil der Auflage
vermerkten, hat die Deutsche Volkspartei nicht, wie angenommen
wurde, Herrn Binger, sondern den Leipziger Gymnasial-
lehrer und Doktor der Theologie Sidmann, den Vize-
präsidenten des Bundtags, als Kultusminister an Stelle des
Dr. Kaiser vorgeschlagen. Mit diesem Vorschlag aber ist sie
keineswegs ins Fettnäpfchen getreten. Auch in weiten Kreisen
der Deutschen Volkspartei scheint man mit der Kandidatur
Sidmann nicht einverstanden zu sein. Selbst die Leipziger
Neuesten Nachrichten, die sonst auf dem
unseren rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehen,
haben sich einige kritische Bemerkungen nicht ver-
zogen zu können. Sie erklären jetzt, daß sie es grundsätzlich
für einen Fehler halten, unbedingt einen Schulmann auf
den Posten des Volkshbildungsministers setzen zu wollen und
verweisen dabei darauf, daß das Volkshbildungsministerium
nicht nur die Schulen unter sich habe, sondern auch die
Theater und die Museen. Die starken kirchlichen Bindungen
Sidmanns, der Vizepräsident der Landesynode sei, würden
sich in manchen Kreisen für einen Vorzug gehalten, im
gesamten Lager aber, insbesondere im christlichen Lehren-
kreis, würden sie von vornherein Anlaß zu innerer Ableh-
nung und zu scheinbarer Zusammenarbeit sein.

Der wirkliche Grund dafür, daß man auch in der
Deutschen Volkspartei vielfach die Ministerkandidatur Sid-
mann nicht gern sieht, dürfte wohl darin liegen, daß man
bisher von der geistigen Bedeutung des Herrn Sidmann
nicht gerade eine sehr große Meinung bekommen konnte.

Auf den stärksten Widerstand aber stößt die Kandi-
datur Sidmanns für den sich übrigens in der Fraktion
der Deutschen Volkspartei nur eine geringe Mehrheit aus-
sprechen hat, in der Demokratischen Partei. In
den Dresdner Neuesten Nachrichten wird darauf verwiesen,
daß Sidmann in kulturpolitischen Fragen auf dem
unseren rechten Flügel seiner Partei steht und daß er sich
im vergangenen Jahre im Gegensatz zu Dr. Kaiser für das
unmäßige reaktionäre Reudelsche Schul-
gesetz eingesetzt habe. Das Blatt meint, wenn Sidmanns
Ernennung wirklich erfolgen sollte, so würde Sachsen auf kul-
turpolitischem Gebiete sicherlich wenig erfreulichen Zeiten
erzögern. Inzwischen hat die demokratische Fraktion des
Bundtags in aller Form gegen die Ernennung Sidmanns
Einpruch erhoben, der Eintritt Sidmanns in die Regierung
ist für sie untragbar. Es wird dabei betont, daß der Ein-
tritt Sidmanns nicht gegen die Person Sidmanns richtet,
sondern gegen die durch Sidmann vertretene allgemeine kul-
turpolitische Haltung, wie sie deutlich bei der Beratung des
Reudelschen Schulgesetzes zum Ausdruck gekommen sei.
Die Dresdner Anzeiger behauptet, wollen
die Demokraten diesmal nicht zurückweichen und drohen

mit ihrem Austritt aus der Koalition für den Fall, daß ihrem
Einpruch nicht Folge gegeben würde. Sie sollen angeblich
sogar bereit sein, in diesem Falle für einen etwa ge-
stellten Auflösungsantrag zu stimmen. Es wird
in der bürgerlichen Presse darauf verwiesen, daß seinerzeit die
Ernennung von Ritz zum Innenminister an Stelle
Dehnes an dem Widerstand der Aufwertungs-
partei gescheitert sei und daß sich damals die Demo-
kratische Partei mit diesem Einpruch ab-
gefunden habe, daß ferner seinerzeit die Berufung des
Abgeordneten Seyfert zum Volkshbildungsminister am
dem Widerstand der Deutschen Volkspartei ge-
scheitert sei.

Wir haben also wieder einmal eine kleine Koali-
tionskrise, die Herrn Sidmann wahrlich mancherlei
Sorgen bereiten wird. Es wird diesmal für die Demo-
kraten nicht leicht sein, zurückzuweichen und ihren
Einpruch fallenzulassen, denn sie würden dadurch weit Kreise,
insbesondere in der Lehrerschaft, arg vor den Kopf stoßen,
auf deren Sympathien die Demokratische Partei großen Wert
legen muß, wenn sie will, daß bei den nächsten Wahlen über-
haupt noch etwas von ihr übrig bleibt. Es wäre allerdings
eine sehr starke Zumutung für die Lehrerschaft,
wenn man ihr als Kultusminister einen Mann vor die Nase
setzt, der in dem Maße wie Sidmann als Vertreter
kirchlicher Interessen angeprochen werden kann, der
übrigens auch Vorsitzender des Volkskirchlichen
Vereinsbundes ist und der durch seine Stellungnahme
zum Reudelschen Schulgesetzentwurf gezeigt
hat, wie reaktionär er in allen Kulturfragen ist.
Andererseits wäre es für die Deutsche Volkspartei
eine bittere Sache, wenn sie die Kandidatur Sidmann
wieder zurückziehen müßte, nachdem sie so laut in alle Welt
hat poltern lassen, daß Sidmann ihr Mann für den Kultus-
ministerposten sei. Würde die Deutsche Volkspartei hier nach-
geben, so bedeutet das für sie eine sehr schwere Niederlage,
die nicht gerade geeignet sein dürfte, das Ansehen der Partei
zu erhöhen.

Herr Sidmann wird zweifellos, damit ihm sein
Bürgerblock nicht aus dem Leime geht, alles versuchen, um
die freitenden Koalitionspartner unter einen Hut zu
bringen, und vielleicht wird er dabei etwas Blut schwitzen
müssen. Selbstverständlich darf man sich nicht der Erwartung
hingeben, daß diese neue Koalitionskrise, zu der der Vor-
schlag Sidmanns als Volkshbildungsminister Anlaß gab, die
Koalition sprengen wird. Auch diesmal werden sich so oder
so die Helld- und Dunkeln wieder zusammensuchen, denn
von allen möglichen Nebeln wäre doch für sie der Zusammen-
bruch des Helld-Dunkel, der eine Landtagsneuwahl zur Folge
hätte, das allergrößte.

Wie lange noch?

Behaltung oder Aufhebung des Schieds-
spruchs im Eisenkonflikt

Von S. Aufhäuser, M. d. R.

Die Rebellion der Eisenbarone ist nach vierwöchiger
Dauer hart an der Grenze der Staatsgefährdung angelangt.
Um eine Lohnsteigerung von rund 3 Prozent abzuwehren, die
bei einer jährlichen Lohnsumme von 250 Millionen Mark keine
10 Millionen Mark ausmachen würde, läßt ein Dutzend groß-
kapitalistischer Rüstfabriken 60 Hochöfen ausbrennen und führt
bereits bis jetzt in gewissermaßen einen Produk-
tionsausfall von einer Viertelmilliarden
Mark herbei. Für die Wirkungen auf die weiterverarbei-
tende Industrie, auf den Handel und die ganze Volkswirtschaft
mag u. a. die Tatsache sprechen, daß die Bagengestellung der
Reichsbahn im Ruhrgebiet um 30 Prozent gesunken und die
ganze Rheinisch-Westfälische Industrie in fast allen
Kapitalistischen Ländern, während in Deutschland geradezu ge-
waltig an der Zerstörung der Wirtschaft gearbeitet wird.

Dieser Großkampf der Schwerindustrie geht gegen
den neuen Volksstaat und seine Verbunden-
heit mit der Arbeiterklasse. Die bei Beginn des
Kampfes noch vorgebrachte Rechtsfrage ist bereits
in der Arbeitgeberpresse vollkommen in den Hintergrund ge-
treten. Auch nach der für die Gewerkschaften günstigen Be-
rufungsentscheidung des Landesarbeitsgerichts wird munter
weiter ausgeharrt. Mitteldeutschland, die Wasserkräfte, Son-

Der Eisenkonflikt im Ruhrgebiet



Die deutsche Schwerindustrie (Rotenkrantz)

Sie winden sich

Propaganda für den Sozialismus

Die Scharfmacher an der Ruhr empfinden, daß die
öffentliche Meinung in ganz Deutschland ihren brutalen
Vorstoß gegen Arbeiterschaft und Staat auf das
Mächtigste verurteilt. Wir lesen in der Kölnischen Zeitung
einen Aufsatz, der sich mit den psychologischen Folgen
der Ausperrung beschäftigt. Sag für Sag legt Zeug-
nis ab, daß die einseitig vollen Leute im Unterneh-
merlager unter dieser Auswirkung geradezu in eine Art
Wahnsinn verfallen sind. Wir zitieren:

Die Ausperrung durch die Eisenindustriellen hat, daran
wird kein Zweifel, starke Kräfte gegen das Eigen-
tum an den Produktionsmitteln mobil gemacht.
Die ganze impulsive Unternehmung, die jene markt-
liche These zur Zeit in weiten Volksteilen findet, ist
Kolonisation, die politisch und psychologisch zweifellos
etwas annehmen ist, aus der aber keine vernünftigen
Reaktionen erwachsen können.

Sowohl die Scharfmacher an der Ruhr sind die
bester Propagandisten des Sozialismus!
Eben deshalb bemüht sich die Kölnische Zeitung um eine
geistliche Verteidigung:

„Ein vernünftiger Staatsbürger, aber auch kein ver-
standlos Inhabere mehr will die schrankenlose
Freiheit des Eigentums.“

Als ob nicht gerade die Scharfmacher an der Ruhr
den Kampf hervorgerufen hätten um der schrankenlosen
Freiheit des Eigentums willen selbst gegenüber dem Befehl.
Die Kölnische Zeitung bemüht sich, den Arbeitern ein-
zugeben, daß es ihnen in einer sozialistischen Wirtschaft nicht
besser gehen würde.

Das alles sind doch Beweise dafür, daß die soziale
Bedeutung des Eigentums an den Produktions-
mitteln gewaltig überschätzt wird, daß mit seiner

Abzehrung nichts Wesentliches an der materiellen Lage der Ar-
beiterschaft geändert wird.“

Das ist eine kampfbefähigte Verteidigung in einem Augen-
blick, wo das ganze Volk weiß, daß nur der aus dem Privat-
eigentum erwachende Herrenstandpunkt den Arbeitern eine
Lohnerhöhung verweigert, die wirtschaftlich möglich
und vom Staate gebilligt ist. Aber es geht den Arbeitern
im Kampf gegen das kapitalistische Eigentum nicht nur um
den Lohn, sondern auch um das Recht! Das zwölf
Menschen kraft des Privateigentums an den Produktions-
mitteln 200.000 auf die Straße werfen können, das ist in der
Zeit die stärkste Propaganda für den Sozialismus.
Die Scharfmacher haben es gewollt!

Die Zubereitung in England

S. London, 20. November. (Sg. Drahtf.)

In Unterhaus begann nunmehr die zweite Lesung
des Gesetzesentwurfs zur Reform der Lokalverwaltung, der große
parlamentarische Kampf zwischen Regierung und Oppo-
sition, der den größten Teil der gegenwärtigen letzten Session des
Parlamentes vor den allgemeinen Wahlen ausfüllen wird. Die
Debatte wurde mit einer Rede des Gesundheitsministers Neville
Chamberlain eröffnet, der in einschlägiger Rede die überaus
verwickelten Bestimmungen des Gesetzesentwurfs kurzum darlegte.
Im Namen der Arbeiterpartei unterbreitete der Abgeordnete Arthur
Greenwood einen Antrag, in dem die Fortsetzung des
Gesetzesentwurfs mit der Begründung gefordert wird, daß der
Gesetzesentwurf die gegenwärtigen Mängel des Gemeinrechts nicht behebt,
sondern sogar auf eine weniger demokratische Grundlage stelle, die
Entwicklung der lokalen Gesundheitsfürsorge behindere
und die geplante Fernübertragung der lokalen Verwaltung in einer
Weise vornehme, die den kleinen Kaufleuten und Haushaltungen
neue Lasten auferlegt.

november und andre Gebiete zeigen bereits die gewollte Aus-
dehnung des Feuers. Die Anrufung des Reichs-
arbeitsgerichts soll nur noch die Verzögerung der
längst notwendigen Abtreibung der Reichsregierung be-
zwecken. Für den Fall, daß das Reichsarbeitsgericht die bis-
herigen Urteile bestätigt, ist bereits als neues Kampfmittel
die Stilllegung der Betriebe zur Ablösung der bisherigen Aus-
sperrung vorgesehen. Das bisherige soziale Recht
soll durch das Hausrecht ersetzt werden. Das
kollektive Arbeitsrecht: Schlichtungsweisen und Au-
erkennung der gewerkschaftlichen Organi-
sationen im Staat, soll auf dem Wege der
Gewalt beseitigt werden. Inwieweit bei diesem
Rutsch, falls er noch einige Wochen andauert, die Waffe des
rechtspolitischen Kampfes verbände ergänzt wer-
den soll, wird sich noch zeigen.

Im Reichsparlament sammeln sich bereits die
Bundesgenossen der Eisenindustriellen, die dort für den Ab-
bau der öffentlichen Unterstützungen der ausgeperrten Ar-
beiter kämpfen. Hier hat ein Vorstoß der Deutschen
Volkspartei bereits eine Resolution herbeigeführt, an
28. November herbeigeführt, derzufolge gerufen werden soll,
inwieweit die Unterstützungen der öffentlichen Fürsorge und
der Gewerkschaften die Löhne übersteigen. Da die Unter-
stützungssätze der Fürsorge bekannt sind, hätte sich eine letzte
Nachprüfung erübrigt. Die Deutsche Volkspartei, auf deren